

# Gesellschaft für Strahlenmessung im Unterland e.V.

Walter Reuschling,  
Konto:

23. Februar 1994

## Leukämie rund um AKW Obrigheim

### 16 Erkrankungen, 7 Todesfälle bei Obrigheim

16 Kinder und Jugendliche bis zum Alter von 17 Jahren sind rund um AKW Obrigheim zwischen 1976 und 1991 an Leukämie erkrankt - 7 davon sind gestorben. Auffallend ist die Häufung der Fälle in nordöstlicher Richtung aufgrund der Hauptwindrichtung.

„KWO - wie lange noch müssen wir dieses Risiko tragen?“ - Ist es noch ein Risiko oder nicht schon Gewißheit?

### Neue Forschungsergebnisse

Auf einer Veranstaltung im Dezember 1994 in Kiel stellte Prof. Dr. Thomas Mason, Umwelt-Epidemiologe und Biostatistiker am College of Public Health der Universität von South Florida in Tampa, die folgenden Ergebnisse vor:

In der Nähe des Atomkraftwerkes Pilgrim I an der Atlantikküste in der Nähe von Boston ist ein um 300% erhöhtes Leukämierisiko bei Erwachsenen festgestellt worden, wenn sie längere Zeit in der Nähe des Reaktors gewohnt hatten. Dabei konnte ein Bezug zu Emissionen des Atomkraftwerkes hergestellt werden.

## Weißrußland

„Seit Tschernobyl gibt es für uns eine neue Zeitrechnung, wir sagen heute: Es gibt eine Zeit vor Tschernobyl, und es gibt eine Zeit nach Tschernobyl.“ In Weißrußland sprechen die Menschen von einem zweiten bevorstehenden Genozid: Der zweite Weltkrieg kostete 2,3 Millionen Menschen das Leben, das war genau ein Viertel der Bevölkerung. Die Katastrophe von Tschernobyl bedroht nach Aussagen der Experten ebenfalls das Leben von 2,3 Millionen Menschen, unter ihnen 500.000 Kinder.

Der Ostwind wehte den Tod von Tschernobyl nach Weißrußland. Aus den Wolken regnete das Gift in die Wälder, die Flüsse, die Seen, auf die Wiesen und Äcker. Und als die Menschen erfuhren, daß sich der Tod auch in ihren Häusern, Gärten und Körpern niedergelassen hatte, war es zu spät. Niemand hatte sie gewarnt.

„Sprechen die Leute oft über Tschernobyl?“ - „Nein, sie haben so viele andere Sorgen. Sie haben keine Arbeit, keine Wohnung, sie haben nichts zu essen. Tschernobyl ist nur ein Problem von vielen.“

Ganz Weißrußland hat sich seit 1986 genetisch verändert - die Menschen, die Tiere, die Pflanzen. Wohin das führen soll, weiß heute noch niemand. In den Wäldern sieht man unzählige Männer, Frauen und Kinder Pilze und Beeren sammeln. „Sollen wir schnell sterben an Hunger oder langsam sterben an Radioaktivität?“

**Niedrigdosisstrahlung****Die Widersprüche in der Strahlenforschung werden immer auffälliger**

Die Hinweise über die Gefährlichkeit selbst kleiner Strahlendosen werden im Gegensatz zu den Verlautbarungen der drei Wissenschaftskommissionen UNSCEAR<sup>1</sup>, BEIR<sup>2</sup> und ICRP<sup>3</sup> ständig größer. Zu dieser Einschätzung gelangen Rudi H. Nussbaum, Professor am Physics Department der Portland State University/USA und Wolfgang Köhnlein, Professor am Institut für Strahlenbiologie der Universität Münster/Deutschland, in einer jetzt in der Zeitschrift *Environmental Health Perspectives* des National Institute of Environmental Health Sciences erschienenen Arbeit (Vol. 102, No. 8, Aug. 1994, p. 656-667). Sie zeigen, daß wir noch weit davon entfernt sind, mit den gängigen Vorstellungen über die Strahlenwirkung alle beobachteten Effekte und auch die Leukämien erklären zu können.

Bedrückend ist es zu sehen, wenn internationale Expertenkommissionen, die offizielle Reputation beanspruchen und teilweise mit den selben Mitgliedern ausgestattet sind, keine ursächlichen Zusammenhänge zwischen Gesundheitsstörungen und Strahlenbelastungen erkennen und es Jahrzehnte brauchte, bis etwa Befunde von Alice Stewart und Mitarbeitern in England über Zusammenhänge zwischen Kinderleukämie und vorgeburtlicher Röntgenbestrahlung sowie Umweltstrahlenbelastungen anerkannt wurden. Studien an den Atomarbeitern in England und den USA etwa ergaben zunächst, daß diese als Gruppe eine beachtlich höhere Lebenserwartung haben als die allgemeine Bevölkerung und daß Angestellte mit den risikoreichsten Aufgaben und den größten Belastungen eine niedrigere Sterblichkeit aufweisen, als die Atomarbeiter im Durchschnitt.

Andere Wissenschaftler, die unvoreingenommen die selben Daten analysierten, machten dagegen die Entdeckung, daß man die strengen Auswahlkriterien bei der Einstellung der Atomarbeiter berücksichtigen muß, denn es

wurden nur sehr gesunde Personen mit guter Fachausbildung in den Atomfabriken eingestellt. Innerhalb der Gruppe der Atomarbeiter zeigten sich zudem auch noch Abhängigkeiten zwischen der Höhe des Bildungsstands, der Höhe des Einkommens, Risikoreichtum der Arbeitsaufgaben und dem Ausmaß der Sterblichkeit. Berücksichtigt man alle diese Zusammenhänge (Healthy Worker Effect), dann ergibt sich für diese über ein Arbeitsleben mit nur geringen Strahlendosen belasteten Personengruppen tatsächlich ein fast zehnmal höheres Krebsrisiko, als es sich aus den Hiroshima-Daten ableiten läßt (Wing et al., 1991).

Lungenkrebs bei Uranbergarbeitern ist mittlerweile als Berufskrankheit anerkannt. Dagegen wird bis heute die Zunahme von frühkindlichem Tod, von Totgeburten, Mißbildungen, nicht näher definierten Todesursachen und einer Reihe anderer Erkrankungen in der Bevölkerung mit hohen radioaktiven Belastung etwa nach Tschernobyl oder nach den Atomversuchen in Nevada, auf den Pazifik-Inseln etc., immer wieder nicht mit der Strahlung in Zusammenhang gebracht. Begründung: Bei den stark belasteten Atombombenüberlebenden, für die die Verseuchung von Luft, Wasser und Nahrung nur ein untergeordnetes Problem gewesen sei, seien diese Erkrankungen nicht mit der Dosis in Übereinstimmung zu bringen. Es gibt aber bislang keine veröffentlichten langzeitlichen Untersuchungen von offiziellen Stellen, die derart angelegt sind, daß Zusammenhänge zwischen Erkrankungen und die Aufnahmen von Radioaktivität in die verschiedenen Teile des Körpers aufgezeigt werden könnten, betont Köhnlein.

Seit es Aufzeichnungen darüber gibt, beobachtet man eine kontinuierliche Abnahme der Todesfälle bei Neugeborenen. Merkbare Abweichungen von diesem Trend nach oben, wurden bereits in der Mitte der fünfziger Jahre festgestellt und von Sternglass und Pauling mit der radioaktiven Verseuchung durch die oberirdischen Atombombentests in Zusammenhang gebracht: Linus Pauling wurde von der US-Regierung unamerikanisches Verhalten vorgeworfen, sein Paß wurde von den Behörden eingezo-

gen und er bekam ihn erst wieder, um den Friedensnobelpreis in Oslo in Empfang zu nehmen. Eine erneute Studie der amerikanischen und britischen Daten über frühgeburtliche Sterblichkeit bestätigt nun die ursprünglichen Befunde von Sternglass und eine deutsche Forschergruppe aus Bremen (Lüning, Schmidt, Scheer, Ziggel) findet ebenfalls eine Erhöhung der Sterblichkeit bei Neugeborenen für das durch Tschernobyl höher verseuchte Süddeutschland.

In einer neuen Untersuchung des Biochemischen Instituts der Universität in Kiew werden deutliche Hinweise darauf gefunden, daß eine innere radioaktive Verseuchung das Zentrale Nervensystem schädigt. Bei Tieren und Menschen aus den verseuchten Gebieten um Tschernobyl werden Schädigungen der Membranen von Nervenzellen beobachtet. Diese klinischen Befunde ergänzen die früheren von Petkau an Modellsystemen und Zellen. Petkau hatte 1972 gefunden, daß schon kleine Strahlendosen sehr reaktive chemische Verbindungen (Radikale) erzeugen, die das normale Funktionieren der Zellen ernsthaft stören können.

Immer wenn solche Ergebnisse bei den internationalen Fachzeitschriften zur Veröffentlichung eingereicht wurden, haben einschlägige Darsteller der Strahlenforschung diese Arbeiten über chronische innere Strahlenbelastungen abgelehnt, weil sie nicht mit den Risikowerten aus den Studien der Daten von Hiroshima und Nagasaki über die akute, sehr kurzzeitige Strahlenbelastung (Atomblick) in Übereinstimmung gebracht werden konnten. Furcht und psychischer Streß jedenfalls seien schädlicher als die Strahlung.

<sup>1</sup> United Nations Scientific Committee on the Effects of Atomic Radiation

<sup>2</sup> Biological Effects of Ionizing Radiation, National Research Council, USA

<sup>3</sup> International Commission on Radiological Protection

**Referenzen:**

Rudi H. Nussbaum, Wolfgang Köhnlein: Inconsistencies and Open Questions Regarding Low-Dose Health Effects on Ionizing Radiation, *Environmental Health Perspectives*, Vol. 102, No. 8, Aug. 1994, p. 656-667.

Wolfgang Köhnlein, Rudi H. Nussbaum: Bestrahlung mit kleinen Dosen ionisierender Strahlung: Welche Hinweise gibt es für die Gefährlichkeit? Vortragsmanuskript, Marschacht 19.9.1994.

## Neue Risse im Sicherheitsbehälter

KIEL, 10. Februar (ap). Im Atomkraftwerk Brunsbüttel an der Elbe sind neue Risse in Rohrleitungen entdeckt worden. Wie der Kieler Energieminister Claus Möller am Freitag in Kiel mitteilte, sind die Risse bei Montagearbeiten innerhalb des Sicherheitsbehälters an mehreren Stellen des Reinigungssystems für Reaktorwasser entdeckt worden. Außerdem sei festgestellt worden, daß eines von sieben Sicherheitsventilen des Reaktordruckbehälters nicht geschlossen werden konnte. Das Atomkraftwerk ist seit August 1992 unter anderem wegen betriebsbedingter Risse in den Rohrleitungen außer Betrieb.

Die neuen Risse seien bei einer vorangegangenen Ultraschalluntersuchung nicht *entdeckt* worden, teilte Möller mit. Sie befinden sich an der Rohrrinnenseite der Leitung, die im Bereich der sogenannten Deckeldusche des Reaktordruckbehälters verläuft. Dieses Aggregat dient nach Angaben des Ministeriums der Kühlung beim Abfahren des Reaktors. Das Kühlmittel ist dabei radioaktiv.

# Carrageen (E 407)

## – Ein Zusatzstoff mit Folgen?

Carrageen gehört zu den Verdickungs- und Geliermitteln. Es wird aus Rotalgen mittels Alkoholen wie Methanol gewonnen (der Alkoholrückstand ist auf ein Prozent begrenzt). Wie bei allen Verdickungsmitteln führt auch die Zugabe von Carrageen zu einer festeren Konsistenz des Lebensmittels sowie zu einer erhöhten Lagerfähigkeit. Aber auch für die Einstellung eines bestimmten „Mundgefühls“ oder für die Regulierung von Fließeigenschaften eines Lebensmittels sind Verdickungsmittel verantwortlich. Der Grund hierfür ist in der emulgierenden Wirkung dieser Substanzen zu suchen, d. h. es werden verschiedene Phasen wie Fett und Wasser miteinander verbunden.

Carrageen findet bei der Herstellung von Backwaren sowie bei Desserts und Fleischkonserven seine Anwendung. Auch zur Klärung von Getränken wird Carrageen eingesetzt. Darüber hinaus ist der Zusatzstoff Carrageen in Milcherzeugnissen zu finden: Beim Einkauf von Kakaotränken, Frischkäse, Kondensmilch, Eiscrème und Schlagsahne sollte man darauf achten, daß das betreffende Lebensmittel kein „E 407“ – also kein Carrageen – enthält.

### Doch warum nun diese Sorge gerade beim Carrageen?

Die bei uns vom Gesetzgeber zugelassenen Verdickungs- und Geliermittel werden – neben den Algen – aus Pflanzen (meist Hülsenfruchtarten) und einer Bakterienart gewonnen. Es handelt sich bei diesen Substanzen um kohlenhydratähnliche Verbindungen, die – mit Ausnahme von Stärke – für den menschlichen Organismus unverdauliche Bestandteile (Ballaststoffe) sind. Daher führen diese Substanzen oft zu Verdauungsstörungen, besonders bei Kleinkindern (größere Mengen Carrageen wirken abführend).

Doch darüber hinaus ist die Verwendung von Carrageen in Lebensmitteln besonders bedenklich, denn dieser Zusatzstoff kann die Schleimhaut des Darms schädigen und ihn anfälliger gegen

## Meßwert-Info

2/95 27. Januar 1995

einen Befall mit Bakterien machen. Im Tierversuch wurden bei Nagern Entzündungen und Geschwüre im Darm festgestellt, teilweise auch Veränderungen am Immunsystem.

Es ist zwar noch unklar, ob diese Versuche auf den Menschen übertragbar sind, doch sollte uns dies nicht davon abhalten, auf Carrageen bzw. „E 407“ auf unserer Lebensmittel-Liste zu verzichten.

Und Vorsicht: Carrageen darf laut Anhang VI der EG-Verordnung „Ökologischer Landbau“ auch in Bioprodukten vorkommen! Daher sollte man hier beim Einkauf auf die Warenzeichen der Mitgliedsverbände der AGÖL (Arbeitsgemeinschaft Ökologischer Landbau) im Naturkostladen bzw. auf das neuform-Zeichen im Reformhaus achten. AGÖL und neuform verbieten Zusatzstoffe.

Anke Dorl  
Dipl.-Biologin  
EfuN-Vorstandsmitglied  
23843 Bad Oldesloe

# Und die Lichter gingen nicht aus ...

Der Widerstand gegen das Atomkraftwerk Wyhl vor 20 Jahren — spontan und grenzenlos europäisch

Von Karl-Otto Sattler

Frankfurter Rundschau,  
17. Februar 1995

Die deutsche Umweltbewegung hat kräftige europäische Wurzeln: Im badischen Wyhl verhinderte im Februar 1975 der Protest von Bauern, Winzern, Studenten und Hausfrauen den Bau eines Atomkraftwerkes. Wyhl war die Wiege der Anti-Atom-Bewegung und ein Musterbeispiel für eine proeuropäische Basispolitik über Grenzen.

Im Rheinauwald bei der Gemeinde Wyhl am Kaiserstuhl erinnert heute nichts mehr daran, daß vor 20 Jahren in der deutschen Südwestecke die Anti-Atom-Bewegung das Licht der Welt erblickte. „Nein“, meint Georg Löser, der seinerzeit noch Student war, „wir haben uns damals nicht vorstellen können, daß aus unserem Widerstand gegen das Atomkraftwerk Wyhl einmal eine solche Kraft erwachsen sollte.“ Was im Februar 1975 in Wyhl mit Bauplatzbesetzungen anging, zog später tiefe Spuren in der Politik. Löser ist jetzt Referent beim Bund für Umwelt und Naturschutz, der seinen Aufschwung zu einer der führenden deutschen Öko-Organisationen nicht unwesentlich dem Kampf gegen Wyhl zu verdanken hat.

Manches entsprang in Wyhl. Manches hat sich freilich auch wieder verloren. Träger des Protests waren die badisch-elsässischen Bürgerinitiativen: Der Widerstand war ein spontanes Stück Europapolitik an der Basis: Damals engagierten sich Badener, Elsässer und Schweizer gegen Atom- und Industrieprojekte in allen drei Ländern. Quer zu nationalem Denken standen sich grenzübergreifend Umweltpolitik und Hochtechnologiepolitik gegenüber. Mittlerweile schimmern bei der konflikträchtigen transnationalen Umweltpolitik in der Dreiländerecke oft wieder nationale Ressentiments durch. Ein Rückschritt.

Eigentlich machte die deutsche Anti-Atom-Bewegung ihre ersten Schritte schon im April 1971, und zwar auf französischem Terrain: Als 1500 links- und rechtsrheinische Öko-Kämpfer auf einem Rheindamm gegen das elsässische Atomkraftwerk Fessenheim protestierten; die erste Demonstration in Europa gegen ein solches Projekt. Die beiden französischen Reaktoren gerieten dann in den Schatten des Titanenkampfs um Wyhl und gingen 1977 ans Netz.

Fast idyllisch mutet aus heutiger Sicht der Widerstand an, der Anfang der siebziger Jahre ein bei Breisach am Kaiserstuhl geplantes Atomkraftwerk verhinderte: Bürgerversammlungen und Unterschriftenlisten veranlaßten die Stuttgarter Regierung, dieses Vorhaben nach Wyhl an den nördlichen Kaiserstuhl zu verlegen.

Der geographische Schachzug entpuppte sich indes als politischer Rohrkrepierer. Der Protest der Alemannen versteifte sich zusehends. Es war eine bunte Bewegung, die sich da zusammenfand: boden-

ständige Bauern und Winzer, Hausfrauen, linke Studenten aus dem nahen Freiburg, Pfarrer, Apotheker, Ärzte, Wissenschaftler, Lehrer, Dorfbürgermeister. Immer dabei: die Freunde aus dem Elsaß und aus Basel.

Bei den Menschen speisten sich Verunsicherung und Zorn in erster Linie aus der Furcht vor den unheimlichen Gefahren der Atomenergie, die mit Reaktoren und riesigen Kühltürmen in die von Naturschönheiten gesegnete Welt der Reben eindringen wollte. Radioaktiver Wein vom Kaiserstuhl? „Nai hämmer gsait!“. Zudem aber wurde über ein „zweites Ruhrgebiet“ am Oberrhein diskutiert — mit Atomkraftwerken in Kaiseraugst bei Basel, in Fessenheim und Gerstheim im Elsaß sowie am Kaiserstuhl in Baden, mit einem Bleichmiewerk im elsässischen Marckolsheim, mit einem Ausbau der Chemieindustrie, mit neuen Straßen ... eine transnationale wirtschaftliche Vision.

Der Stuttgarter Ministerpräsident Hans Karl Filbinger sah am Kaiserstuhl kommunistische Drahtzieher am Werk und brachte so die braven Leute noch mehr gegen sich auf. Der CDU-Politiker sprach auch jenen berühmt gewordenen Satz: „Ohne Wyhl gehen die Lichter aus.“ Das Atomkraftwerk wurde nie gebaut, die Lichter sind nie ausgegangen.

Politische Sturheit war am Werk. Am 17. Februar begann die Betreibergesellschaft, im Wyhler Wald Bäume zu fällen. Tags darauf besetzten mehrere hundert Demonstranten den Bauplatz, ein Novum in der Bundesrepublik. Nächtens vertrieben sich die Besetzer am Lagerfeuer mit Obstwasser und Liedern wie der „Wacht am Rhein“ die Zeit.

Doch mit der Romantik war es schon am 20. Februar vorbei: Die Polizei räumte. Erstmals erlebten die Kaiserstühler einen brachialen Einsatz dieser Art. Allein schon der Aufmarsch der Hundertschaften mit Hundestaffeln im Morgengrauen wirkte bedrohlich. Dann traten die Wasserwerfer in Aktion, schleppten und schleiften Polizisten die Besetzer, alte Frauen, Mütter mit Kleinkindern, junge Burschen, im Zangengriff über Waldwege. Manche stammelten, das dürfe doch nicht wahr sein. Tränen flossen. Am 23. Februar stürmten erneut Tausende das mit Stacheldraht umzäunte Baugebiet. Unter denen, die durch das sumpfige Gelände sprangen, war auch Georg Löser. Schlagstöcke, Steinwürfe, Verletzte. Doch die Polizei zog sich zurück, und sie kehrte nie mehr wieder.

Filbinger verkündete, man wolle vorerst den Vollzug der Baugenehmigung zurückstellen — der Anfang vom Ende dieses Projekts. Fast ein Jahr dauerte die Platzbesetzung, es folgten Stillhalteabkommen zwischen Bürgerinitiativen und

Landesregierung, endlose Gerichtsverfahren mit wechselnden Ausgängen, politische Auseinandersetzungen. Mitte der achtziger Jahre verkündete dann Filbingers Nachfolger Lothar Späth lapidar: Mangels Strombedarf wird in Wyhl kein Atomkraftwerk gebaut.

Die Umweltbewegung errang am Oberrhein grenzübergreifend noch weitere Siege. In Vergessenheit geraten ist, daß die badisch-elsässischen Bürgerinitiativen in Gerstheim Mitte der siebziger Jahre mit einer Platzbesetzung die französische Betreibergesellschaft EDF zwangen, auf den dort geplanten Reaktor zu verzichten. Schweizer, Badener und Elsässer veranstalteten Massendemonstrationen in Kaiseraugst bei Basel — und auch dieses Atomkraftwerk wurde zu den Akten gelegt. Eine Platzbesetzung im elsässischen Marckolsheim verhinderte ein Bleichmiewerk. Von den seinerzeitigen Großprojekten wurde einzig das französische Atomkraftwerk Fessenheim verwirklicht.

Der Kampf um Wyhl verhalf auch zwei recht unbekannten Politikern zum Sprung auf die große politische Bühne: Jo Leinen war damals Vorsitzender der Jungen Europäischen Föderalisten; mit im Vorstand saß Petra Kelly. Beide hatten noch keine sehr innige Beziehung zur Umweltpolitik, sie setzten sich für die europäische Einigung ein. Als die Nachricht nach Bonn drang, am Oberrhein engagierten sich im Kampf gegen Atomkraftwerke badische und elsässische Bürgerinitiativen grenzübergreifend, brachen beide in die deutsche Südwestecke auf. Leinen bezeichnet diese Reise im Rückblick als „Aha-Erlebnis“. Kelly und ihm sei bei den Demonstrationen gegen das Atomkraftwerk Wyhl klar geworden, daß künftig nicht nur Europa, sondern auch der Umweltschutz zu ihren Aufgaben gehören müsse. Die Umweltpolitik machte dann die beiden Politiker prominent — Kelly avancierte zu einer führenden Figur bei den Grünen, Leinen wurde zunächst Sprecher des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz und dann von 1985 bis Ende 1994 SPD-Umweltminister im Saarland.

In Deutschland, Frankreich und der Schweiz erwuchsen aus den heißen Konflikten am Oberrhein auf nationaler Ebene Umweltbewegungen und grüne Parteien. Die proeuropäische Basispolitik über die Grenze mündete in dieser Region indes nicht in eine kontinuierliche Arbeit, sondern verlor im Laufe der Zeit immer mehr an Schwung. Ein wichtiger transnationaler Impuls in der Dreiländerecke versandete. Heute ist am Oberrhein bei Umweltkonflikten, etwa beim Streit um Industrieansiedlungen oder Müllöfen, wieder mehr davon die Rede, daß sich Deutsche, Franzosen und Schweizer gegenüberstehen. Vor 20 Jahren war man schon mal weiter.

# Ende der Atomkraft?

gekürzt aus: Lebenszeichen-Serie, Worldwatch-Institut

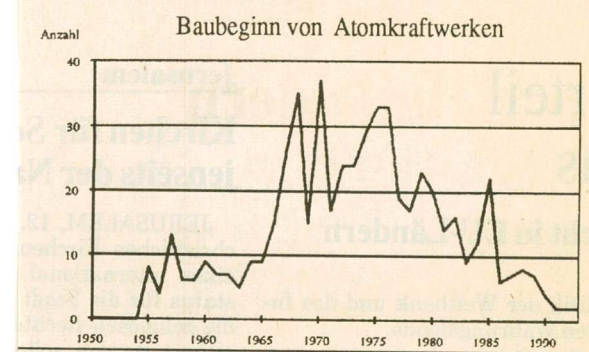
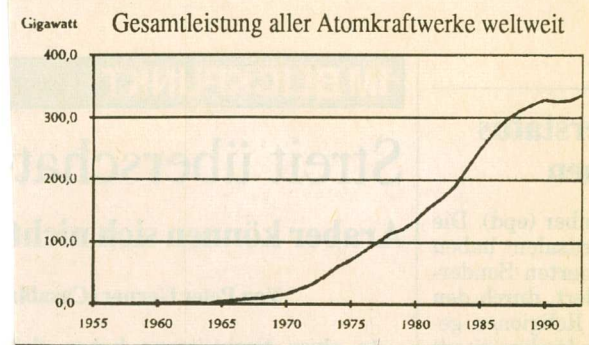
## Kaum neue Meiler, aber immer neue Stilllegungen

Offensichtlich hat die Atomenergie inzwischen ihren Zenit erreicht. Auch wenn die weltweite Stromerzeugung durch Atomreaktoren 1993 noch einmal um fast 3 Prozent auf 337.000 Megawatt anstieg, gibt es für diese Wertung einige Anzeichen. Immer weniger Reaktoren sind im Bau, und gleichzeitig müssen mehr und mehr alte Atomkraftwerke stillgelegt werden. Gegenwärtig erzeugen Atommeiler weltweit knapp 17 Prozent der gesamten Elektrizität. In den vergangenen 3 Jahren wurde der Bau von 6 neuen Reaktoren begonnen und weltweit werden derzeit nur rund 40 Atomkraftwerke mit einer Gesamtleistung von 32.000 Megawatt errichtet, so wenig wie nie in den vergangenen 25 Jahren.

Parallel dazu nimmt die Zahl der stillgelegten Reaktoren zu. Insgesamt wurden bislang 81 Atomreaktoren mit einer Gesamtkapazität von 19.000 Megawatt stillgelegt, die durchschnittlich weniger als 17 Jahre in Betrieb waren. Aufgrund der zunehmenden technischen Schwierigkeiten älterer Reaktoren wird die Zahl der pro Jahr eingemotteten Atomkraftwerke aller Voraussicht nach weiter steigen. Da sowohl in Nordamerika als auch in Westeuropa mehrere große Anlagen stillgelegt werden sollen, wird die Stromerzeugungskapazität mit Hilfe des Atoms wahrscheinlich auch absolut gesehen sinken.

Die Abbruchkosten für alte Reaktoren und für die Verarbeitung und Endlagerung der radioaktiven Abfälle werden auch in Zukunft stark steigen und die Stromversorgungsunternehmen finanziell vor gewaltige Probleme stellen.

So kostet es mindestens 6 Milliarden DM, ostdeutsche alte Atomreaktoren wie in Greifswald abzureißen und zu entsorgen. Das ist genauso viel, wie der Neubau unter heutiger Sicherheitstechnik kosten würde. Zumindest in den Industrieländern setzt sich die Erkenntnis durch, daß die Atomenergie im Vergleich zu anderen Energieträgern nicht mehr konkurrenzfähig ist. Sowohl moderne und effiziente Kohlekraftwerke als auch Gaskraftwerke sind wesentlich kostengünstiger als Atomkraftwerke.



## AKW Beznau darf am Netz bleiben

Genehmigung trotz Berichtes über „falsche Baupläne und Arbeiter unter Drogen“

Frankfurter Rundschau Von Beat Leuthardt

BERN, 12. Dezember. Das zehn Kilometer von Waldshut entfernt im dicht besiedelten Grenzgebiet am Hochrhein gelegene Schweizer Atomkraftwerk Beznau darf weitere zehn Jahre betrieben werden. Dies hat am Montag die Landesregierung in Bern trotz Greenpeace-Protesten entschieden; abgelehnt hat sie einzig die von den AKW-Betreibern verlangte Umwandlung der bisherigen befristeten in eine unbefristete Betriebsgenehmigung.

Als „gefährlichstes AKW der Schweiz“ hatte schon das Öko-Institut in Darmstadt das Atomkraftwerk Beznau bezeichnet. Als reine „Zeitbombe“ gilt es aber, seit drei Informanten (darunter ein leitender Angestellter) in der Zürcher *Wochen-Zeitung* (WoZ) auspackten. Demnach seien allein in jüngster Zeit drei nicht be-

kanntgegebene „Ereignisse“ vorgefallen. Ausgefallene Speisewasserpumpen und verrostete Ventile hätten zudem den Betrieb häufig gefährdet.

Überdies könne das Notsystem (Nano) nicht funktionieren: Die rund dreißig Kabelverleger hätten 1991 beim (von den Behörden verlangten) nachträglichen Einbau des Systems während ihrer Arbeit regelmäßig Haschisch, LSD, „exotische Pilze“ sowie Heroin konsumiert und auch schon mal ein Faß Bier mit zur Arbeit gebracht.

Ferner stimme in den Konstruktionsplänen aus den siebziger Jahren außer dem Betonfundament nichts mit der Wirklichkeit überein, meint einer der Informanten. Ein großes Plexiglasmodell vom letztendlich gebauten Werk sei nachträglich in Auftrag gegeben worden, „damit man bei einem Unfall sehe, wo die

einzelnen Anlagenteile — zum Beispiel bestimmte Ventile — stehen“, zitiert die WoZ. Schließlich habe schon 1970 ausgelaufenes radioaktives Wasser aus dem Primärkreislauf die Erde außerhalb des Reaktorgebäudes kontaminiert. Die sei damals noch in derselben Nacht ausgebagert und von Lkw in die zum Rhein führende Aare gekippt worden.

Die Behörden bestätigen Leakage und Entsorgung in der Aare („nach damaliger Strahlenschutzverordnung legal“), „wissen“ um Drogenprobleme und bestreiten den Rest. Unbestritten bleibt indes, daß die „Zeitbombe“ Beznau nicht, wie heute von Atomkraftwerken gefordert, einem Erdbeben oder Flugzeugabsturz standhalten würde. „Käme es zu einem GAU“, so die WoZ, „müßte je nach Windrichtung die Bevölkerung bis nach Brezgenz am Bodensee evakuiert“ werden.

# Jahreshauptversammlung

Die nächste Jahreshauptversammlung steht vor der Tür - bitte kommt zahlreich.

## **Jahreshauptversammlung: Dienstag, 28. März 1995, 19.30 Uhr**

Ort: "Museumsstuben", Neckarsulm, Urbanstraße 13, neben Zweiradmuseum

- Tagesordnung:
1. Bericht des Vorstandes
  2. Bericht der Kassiererin
  3. Entlastung des Vorstandes
  4. Neuwahl des Vorstandes
  5. Projekte 1995 und Diskussion

Wir würden uns außerordentlich freuen, Sie zu diesem Termin persönlich begrüßen zu können.

## **Leukämie rund um AKW Krümmel**

Im Jahr 1994 erkrankten mindestens drei weitere Einwohner in der Umgebung des Atomkraftwerkes Krümmel an Leukämie: ein Kleinkind und zwei Frauen zwischen 20 und 30 Jahren.

Nach der bislang dort weltweit dichtesten Häufung von Kinderleukämie bahnt sich dies jetzt offenbar auch für Erwachsene an. Die Latenzzeit bis zum Ausbruch der Krankheit ist für Erwachsene drei bis sechs Jahre länger als bei Kindern.

Das Leukämie-Cluster in der Elbmarsch, südöstlich von Hamburg, umfaßte bisher von 1989 bis 1992 insgesamt 11 Fälle von bösartigen Erkrankungen des Blutes, darunter 5 akute Leukämien bei Kindern, obwohl nach der Statistik nur alle 20 Jahre ein Fall von Kinderleukämie hätte auftreten sollen. Bei Erwachsenen waren in den letzten 2 Jahren 6 Leukämieerkrankungen im Alter zwischen 18 und 40 Jahren bekannt gewesen - in dieser Altersklasse tritt Leukämie normalerweise noch seltener auf als bei Kindern.

Statt daß die Politiker angesichts dieser Vorfälle entschlossen handeln, hatte der Kieler Energieminister Claus Möller (SPD) noch im Oktober 1994 seine Zustimmung zum Wiederaufstart des Atomkraftwerkes Krümmel gegeben. Es ist davon auszugehen, daß dies bereits mit Wissen um die neuen Leukämiefälle geschah.

### **Januar 1995: Schon wieder ein neuer Leukämiefall beim AKW Krümmel**

In der Elbmarsch ist Ende Januar ein neuer Leukämiefall einer erwachsenen Frau bekanntgeworden. Seit 1987 sind damit 22 Fälle von Leukämien und Lymphomen im 5-Kilometer-Umkreis des AKW Krümmel bekanntgeworden.

### **Februar 1995: Weitere 8 Fälle von Kinder-Leukämie beim AKW Krümmel**

Wenige Kilometer vom AKW Krümmel entfernt sind weitere 8 Fälle von Leukämie bei Kindern bekannt geworden. Aber auch damit ist kein ursächlicher Zusammenhang zwischen dem Atomkraftwerk und den Krebserkrankungen nachgewiesen - so sehr es auch zum Himmel stinkt!